



Dokumentation

SED West-Aktivitäten

SED West-Aktivitäten

Aktenzeichen: WD 1 - 3000 - 002/22
Abschluss der Arbeit: 7. März 2022
Fachbereich: WD 1: Geschichte, Zeitgeschichte und Politik

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
2.	Forschungsstand	5
2.1.	Bibliographie zu den DDR Westaktivitäten von 1949 bis 1990. Ergebnisse einer Literaturrecherche in der Bibliothek des Deutschen Bundestages sowie in ausgewählten bibliographischen Informationsquellen	5
2.2.	Jens Gieseke, „Die Stasi: 1945-1990. Kommentierte Bibliographie“	6
2.3.	Bundesarchiv „Bibliografie zum Staatssicherheitsdienst der DDR“	7
2.4.	Die Studien von Heike Amos zur DDR-Deutschlandpolitik /DDR-Westarbeit	9
2.5.	BStU-Gutachten: Der Deutsche Bundestag 1949 bis 1989 in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR (2013)	11
3.	Die Erforschung der DDR-Westarbeit: Institutionen, Entscheidungsprozesse und Förderung	14
3.1.	Forschungsinstitutionen	14
3.2.	Entscheidungswege - Entscheidungsinstanzen	22
3.3.	Förderung	24
4.	Verzeichnis der Anlagen	29

1. Einleitung

Wie Heike Amos und Manfred Wilke in einem Übersichtsartikel aus dem Jahre 2010 ausführen, verstand die SED-Führung unter ihrer „Deutschlandpolitik“, die im Parteijargon als „Westarbeit“ oder „Westpolitik“ bezeichnet wurde, nicht nur die „staatlich-offizielle“ Politik der DDR gegenüber der Bundesrepublik, sondern auch die diese begleitenden bzw. unterstützenden „öffentlich-propagandistischen“ Maßnahmen sowie die geheimen und geheimdienstlichen Aktivitäten. Dies hatte zur Folge, dass die Westaktivitäten des SED-Regimes auf unterschiedlichen Ebenen stattfanden und eine Vielzahl von Einflussbemühungen, direkten und indirekten Maßnahmen, Aktionen und Vorgängen umfassten, in deren Planung und Durchführung unterschiedlichste Stellen im DDR-Staats- und Parteiapparat involviert waren.¹

Der komplexen Akteurskonstellation bei der Organisation und Ausführung der DDR-Westaktivitäten trägt auch die wissenschaftliche Forschung zur DDR-Geschichte Rechnung, wie bereits ein cursorischer Blick auf die einschlägigen Publikationen zeigt. Dieser komplexe Ansatz in der Erforschung der DDR-Westpolitik ist offensichtlich der Tatsache geschuldet, dass es wissenschaftlich letztlich wenig Sinn machen dürfte, wenn lediglich die Handlungen einzelner Personen, Organisationen oder Institutionen für sich in den Blick genommen werden, ohne deren Einbindung in das komplexe System von Zielsetzungen, Initiativen, Aktionen und (individuellen wie kollektiven) Akteuren zu berücksichtigen. Aus diesem Grund bezieht sich die hier vorgelegte Dokumentation grundsätzlich auf das ganze Spektrum der Westarbeit des SED-Regimes. Dabei richtet sich der Schwerpunkt auf die Aktivitäten, die jenseits der staatlich-offiziellen Politik stattfanden und mehr oder weniger den subversiven Aktionen zuzurechnen sind.

Eine vollständige Forschungs- und Literaturdokumentation über die Erforschung der DDR-Westarbeit konnte im Rahmen der Recherchen nicht erschlossen werden und scheint, schenkt man den Aussagen der angefragten Experten Glauben, auch nicht vorzuliegen. Um dennoch einen Eindruck vom aktuellen Forschungsstand sowie von dem Umfang und der Breite des Untersuchungsspektrums in der bisherigen wissenschaftlichen Erforschung des Themenfelds zu gewinnen, werden im ersten Teil der Dokumentation verschiedene Bibliographien sowie Literatur- und Projektübersichten vorgestellt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass mit den hier wiedergegebenen Übersichten und Zusammenfassungen angesichts der Vielzahl von Forschungsarbeiten zu diesem Thema kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden kann.

Der zweite Teil der Arbeit befasst sich mit den institutionellen Grundlagen dieses Forschungszweigs sowie den forschungspolitischen Fragen zur Steuerung und Finanzierung von Forschungsarbeiten zur DDR-Westpolitik. Schon an dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die in diesem zweiten Teil präsentierten Ergebnisse mangels vertiefender wissenschaftssoziologischer Untersuchungen dieses Forschungsbereichs vor allem auf Informationen von Institutionen und Organisationen beruhen, die in diesem Bereich selbst wissenschaftlich tätig sind oder an der Planung und Finanzierung entsprechender Forschungsvorhaben beteiligt waren oder sind. Da diese Informationen auf einer nicht methodisch angeleiteten Zufallsbefragung beruhen, können die hieraus gewonnenen Erkenntnisse weder als umfassend noch als – im wissenschaftlichen Sinne – abschließend angesehen werden. Vielmehr sollen diese einen ersten Einblick in die betreffende

1 Amos, Heike; Wilke, Manfred (2010). Die Deutschlandpolitik der SED und ihre „bürgerlichen Bündnispartner“ in der Bundesrepublik 1949 bis 1989. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 23, S. 49.

Forschungslandschaft vermitteln. Für ein fundiertes und umfassendes Urteil über die Forschungslage bedürfte es einer systematischen Untersuchung, die im vorgegebenen Rahmen nicht durchgeführt werden kann.

2. Forschungsstand

Die Quellen- und Literaturrecherchen zur Westarbeit des SED-Regimes ergaben, dass es seit der deutsch-deutschen Vereinigung eine Vielzahl von Forschungsbemühungen auf diesem Forschungsfeld gab, die sich in einer kaum überschaubaren Anzahl an Publikationen niedergeschlagen hat. Die hier vorgestellten Bibliographien, Literaturlisten und Quellenhinweise sollen dazu beitragen, einen Überblick über Fragestellungen, Themen und Ergebnisse der vielfältigen Forschungsanstrengungen, die in diesem Bereich seit 1990 unternommen wurden, zu erhalten

2.1. Bibliographie zu den DDR Westaktivitäten von 1949 bis 1990. Ergebnisse einer Literaturrecherche in der Bibliothek des Deutschen Bundestages sowie in ausgewählten bibliographischen Informationsquellen

Die beigegefügte Zusammenstellung von Publikationen zur DDR-Westpolitik

Anlage 1

beruht vor allem auf einer breit angelegten Recherche im Bestand der Bundestagsbibliothek. Ergänzt wurden diese Literaturrecherchen durch entsprechende Hinweise, die im Rahmen einer Umfrage von ausgewählten Einrichtungen und Experten, die auf die Erforschung der DDR-Geschichte spezialisiert sind bzw. die Durchführung entsprechender Forschungsvorhaben finanziell fördern², übermittelt wurden. Aufgrund der thematischen Breite der hier berücksichtigten Arbeiten enthält die Auswahlbibliographie auch Beiträge, die sich in eher allgemeiner Form mit der DDR-Westpolitik befassen und / oder stärker die offizielle Politik der zuständigen Staats- und Parteiinstanzen untersuchen. Gleichwohl findet sich in der Literaturauswahl eine Vielzahl von Veröffentlichungen, die auch die mehr oder weniger „subversiven“ Maßnahmen und Aktionen des SED-Regimes jenseits der offiziellen Politik in den Blick nehmen. Ohnehin dürfte sich die DDR-Westpolitik / Westarbeit nur angemessen analysieren, einordnen und bewerten lassen, wenn man die offizielle Politik der Staatsführung, die sie flankierenden massenhaften Einflussbemühungen in der bundesdeutschen Politik, Gesellschaft, Kultur, Wirtschaft etc. und die geheimdienstlichen konspirativen und subversiven Tätigkeiten im Zusammenspiel betrachtet. Beispielhaft für eine solche umfassende Herangehensweise sind die Studien von Heike Amos, deren zusammenfassende Kapitel einen guten Überblick über die derzeitige Forschungslage geben.³

2 Im Rahmen der Umfrage haben u.a. folgende Einrichtungen und Forschende Auskünfte und Informationen über das Themenfeld DDR-Westarbeit / DDR-Westaktivitäten erteilt: Heike Amos (IfZ), Mail vom 26. und 31.02.2022; Ulrich Mähler (Bundesstiftung – Aufarbeitung), Mail vom 4.02.2022 und 21.02.2022; Katharina Flechsig (BMBF), Mail vom 7.02.2022; Thomas Widenka (BKM), Mail vom 9.02.2022; Claudia Althaus (DFG), Mail vom 10.02.2022; Jens Gieseke (ZZF), Mail vom 10.02.2022; Eva Maria Haarmann (BMI), Mail vom 16.02.2022; Dagmar Hovestädt (Bundesarchiv, Abteilung KW des Stasi-Unterlagen-Archivs), Mail vom 28.02.2022; Henrike Hartmann, Telefonat vom 1.03.2022.

3 Vgl. Kapitel 2.4.

Die in der Bibliographie angeführten Arbeiten thematisieren u.a.:

- (öffentliche und geheime) Ziele sowie Methoden der DDR-Westpolitik
- das Spektrum der von der DDR ausgehenden Aktivitäten im Bereich der Bundesrepublik
- tatsächliche oder vermeintliche Bündnispartner des SED-Regimes in der Bundesrepublik
- die Spionage- und Sabotagetätigkeit des MfS gegenüber der Bundesrepublik
- DDR-Aktivitäten, die auf Bundes- und Landesregierungen sowie Bundes- und Landesbehörden gerichtet waren
- Maßnahmen und Aktionen zur Beeinflussung bundesdeutscher Parteien (u.a. Grüne, SPD)
- Gründung, Steuerung, Lenkung und Finanzierung bundesdeutscher Parteiorganisationen (u.a. DKP, SEW, Bund der Deutschen)
- Aktivitäten zur Einwirkung auf Verbände, Gewerkschaften und politische Organisationen (u.a. Amnesty International; IG Druck und Papier)
- DDR Aktivitäten in bundesdeutschen Regionen und Kommunen (z.B. Ruhrgebiet, Münster)
- Maßnahmen zur Beeinflussung von bundesdeutschen Medien (z.B. ARD-Rundfunkanstalten) und der politischen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik
- Maßnahmen zur Beeinflussung von Wissenschaft und Universitäten (z.B. Gesamtdeutsches Institut in Bonn und West-Berlin)
- Aktivitäten zur Beeinflussung, Steuerung und Lenkung von politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Organisationen, Bewegungen, Gruppierungen und politischen Milieus in der Bundesrepublik (z.B. Vertriebenenverbände, Friedensbewegung, links- und rechtsextreme Szene)
- Bemühungen zur Beeinflussung, Steuerung und Vereinnahmung (vornehmlich linker) politischer Gruppierungen und Organisationen (APO, linke Studentengruppen)
- Tätigkeiten von Bundesbürgern für das SED-Regime
- Auswirkungen der DDR-Westarbeit auf das politische, gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Leben in der Bundesrepublik
- Westarbeit verschiedener DDR-Organisationen (z.B. FDJ, FDGB)
- Maßnahmen zur Kontrolle, Beeinflussung und Steuerung von deutsch-deutschen Kontakten (Westreisen von DDR-Bürgern, Ostreisen von Bundesbürgern, Organisation deutsch-deutscher Begegnungen etc.)

Einige der im Bibliothekskatalog erschlossenen Arbeiten sind auszugsweise als Anlage dieser Dokumentation beigefügt.⁴

2.2. Jens Gieseke, „Die Stasi: 1945-1990. Kommentierte Bibliographie“

Einen guten Überblick über die in den ersten zwei Jahrzehnten nach der Wiedervereinigung erschienenen Forschungsarbeiten gibt die kommentierte Bibliographie von Jens Gieseke, die er 2011 in seinem Buch „Die Stasi: 1945-1990 (München 2011)“ veröffentlicht hat. Die Bibliographie ist auszugsweise als

4 Es ist darauf hinzuweisen, dass im Rahmen der Recherche ausschließlich nach Publikationen gesucht wurde, die durch entsprechende Indizes im Thesaurus als Beiträge zum Thema „DDR-Westarbeit“ ausgewiesen wurden. Infolgedessen ist davon auszugehen, dass sich in der Bundestagsbibliothek auch noch weitere Arbeiten befinden, die sich mit dieser Thematik befassen, aber nicht explizit durch entsprechende Schlagwörter als solche klassifiziert sind.

Anlage 12

beigefügt. Unter anderem finden sich dort Hinweise auf Publikationen zu folgenden Themen:

- Quellen- und Methodenprobleme bei der Erforschung der Geheimdienste im Kalten Krieg
- West- und Auslandsspionage des MfS – Gesamt- und Überblicksdarstellungen
- Anleitungen und Dienstvorschriften für MfS Mitarbeiter
- Netzwerk der Informellen Mitarbeiter des MfS in der Bundesrepublik
- Westliche Unterstützer und Mitarbeiter des MfS im Westen
- Verflechtung von innerer und äußerer Geheimdienstarbeit
- Strafrechtliche Aufarbeitung der Spionagetätigkeit von ehemaligen West-Mitarbeitern des MfS
- Beeinflussungsbemühungen des MfS auf Medien, Parteien und Organisationen im Westen
- Wirtschaftsspionage
- Militärspionage
- Spektakuläre Spionagefälle
- Propagandakampagnen gegen westdeutsche Persönlichkeiten
- Bekämpfung der westalliierten Militärverbindungsmissionen durch das MfS
- Memoirenliteratur zur DDR-Westarbeit
- Sabotage- und Terrorvorbereitungen und -aktivitäten des MfS
- Einfluss- und Verfolgungsmaßnahmen des MfS im Kultur- und Wissenschaftsbereich der Bundesrepublik
- Einflussnahmen des MfS auf soziale Bewegungen in der Bundesrepublik.

2.3. Bundesarchiv „Bibliografie zum Staatssicherheitsdienst der DDR“

Die Bibliothek des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesarchivs hat zuletzt 2020 eine umfassende Bibliographie mit Veröffentlichungen zum DDR-Staatssicherheitsdienst herausgegeben. Die insgesamt 684 Seiten umfassende Dokumentation verzeichnet Monografien, Einzelbeiträge aus Sammelbänden, Aufsätze aus wissenschaftlichen Zeitschriften, „graue“ Literatur und audiovisuelle Medien, die für die Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes der DDR von Bedeutung sind. Unter anderem enthält die bibliographische Zusammenstellung ein Kapitel, in dem auf 51 Seiten Arbeiten zum Thema „Spionage und Westarbeit“ zusammengestellt sind. Auch wenn der Schwerpunkt dieser Zusammenstellung auf Arbeiten zu den entsprechenden Aktivitäten des MfS liegt, wird hier – gemäß der bereits weiter oben getroffenen Feststellung, dass die Arbeit der Staatssicherheit nicht von der Westarbeit anderer Institutionen und Instanzen des SED-Machtapparats unabhängig war – auch eine Vielzahl von Arbeiten zur DDR-Westarbeit insgesamt aufgelistet. Aufgrund des Umfangs der Literaturzusammenstellung werden hier auch Arbeiten genannt, die auch in den anderen hier präsentierten Übersichten enthalten sind.

Die Bibliographie, die auszugsweise als

Anlage 13

beigefügt ist, enthält unter anderem Texte zu folgenden Themenbereichen:

- Gesamtdarstellungen zur DDR-Westarbeit

-
- Spionagetätigkeit des MfS in Westdeutschland
 - Einsatz westdeutscher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der DDR-Westarbeit (u.a. auch von Kriminellen)
 - Zusammenarbeit des MfS mit westdeutschen Terrororganisationen (wie der RAF)
 - Aktivitäten (Einflussversuche, Störungen, Denunziationen etc.) gegen die Bundes- und Landesregierungen der Bundesrepublik
 - Beeinflussung, Anwerbung und Denunziation von bundesdeutschen Parlamentariern
 - Beeinflussung, Steuerung, Behinderung der Arbeit von bundesdeutschen Parteien (u.a. Deutsche Friedensunion, Die Grünen), Organisationen (Vertriebenenverbände, Gewerkschaften, Greenpeace, Amnesty International etc.), Institutionen (Universitäten, Kirchen etc.) und Bewegungen (Studenten- und Friedensbewegung, Neonazi-Szene u.a.) in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur
 - Gründung, Steuerung, Lenkung und Finanzierung von westdeutschen Parteien (u.a. DKP, SEW)
 - Entführungs-, Terror- und Sabotagepläne und -maßnahmen des MfS in der Bundesrepublik
 - DDR-Westarbeit in verschiedenen westdeutschen Regionen und im lokalen Bereich
 - Biographien und Memoiren von Protagonisten der DDR-Westarbeit
 - einzelne spektakuläre Ereignisse und Vorfälle in der DDR-Westarbeit
 - Denunziation von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Auslösung von Skandalen
 - Einflussnahme, Spionage und Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich
 - Beeinflussungs- und Steuerungsversuche im westdeutschen Mediensektor (Anti-Springerkampagne etc.)
 - Überwachung von DDR-Besuchern und -Besucherinnen in der Bundesrepublik (Reisekader, Touristen, Verwandtenbesuche etc.) und von Westbesuchern und -Besucherinnen in der DDR
 - Beeinflussung des öffentlichen Stimmungs- und Meinungsklimas in der Bundesrepublik, DDR-Propagandaaktivitäten und Desinformationskampagnen
 - Einflussbemühungen im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit (Polizei, Bundeswehr etc.)
 - MfS-Aktivitäten im Sport der Bundesrepublik
 - Westarbeit im Jugendbereich (u.a. Studienfahrten, Besuchsprogramm, FDJ-Aktivitäten)
 - Städtepartnerschaften von westdeutschen und DDR-Kommunen
 - Zielsetzungen, Organisationsstruktur und Arbeitsweise (Methoden und Techniken) des MfS
 - Quellen zur Geschichte der Staatssicherheit (u.a. Rosenholz-, SIRA-Datenbank).

Das Stasi-Unterlagen-Archiv im Bundesarchiv hat des Weiteren eine aktuelle Zusammenstellung von Titeln aus den Publikationsreihen der Stasi-Unterlagen-Behörde (BStU) bzw. des Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv zum Thema Westaktivitäten des MfS zur Verfügung gestellt, die als

Anlage 15

beigefügt ist. Darüber hinaus ermöglicht auch der Online-Katalog des Stasi-Unterlagen-Archivs aufgrund seiner sehr detaillierten „Verschlagwortung“ und seinen vielfältigen Suchfunktionen

einen systematischen Zugriff auf zahlreiche relevante deutschsprachige Monografien und Aufsätze zu diesem Thema.⁵

2.4. Die Studien von Heike Amos zur DDR-Deutschlandpolitik /DDR-Westarbeit

Die zurzeit am Institut für Zeitgeschichte, Abt. Berlin (IfZ Berlin) forschende Historikerin Heike Amos hat die bisherigen Forschungsergebnisse sowie ihre eigenen Erkenntnisse zur Westarbeit des SED-Regimes in zwei umfangreichen und sehr detaillierten Gesamtdarstellungen zusammengefasst sowie zusammen mit dem DDR-Forscher Manfred Wilke (Berlin) einen Übersichtsartikel über die Zusammenarbeit der SED mit ihren „bürgerlichen Bündnispartnern“ in der Bundesrepublik verfasst.

Anlagen 2-4

Nach übereinstimmender Auffassung der Experten, die im Rahmen einer Recherche um Auskunft gebeten wurden, geben die Arbeiten von Heike Amos am umfassendsten den derzeitigen Forschungsstand wieder. Die erste von ihr bereits im Jahr 1999 vorgelegte Studie nimmt die DDR-Westarbeit von 1948/1949 bis zum Mauerbau in den Blick, die zweite 2015 erschienene Arbeit untersucht die Zeit zwischen Mauerbau und Mauerfall. Der zusammen mit Jürgen Wilke verfasste Aufsatz von 2010 befasst sich schließlich mit den Bemühungen der SED-Führung um eine Zusammenarbeit mit „bürgerlichen“ politischen Kräften in der Bundesrepublik. Ziel aller drei genannten Arbeiten ist es, die Zielvorstellungen, Aktivitäten, Ergebnisse und Konflikte und Wertungen der Westpolitik der SED-Führung aufzudecken. Entsprechend ihrem ganzheitlichen methodischen Ansatz fasst Amos unter dem Etikett „DDR-Westarbeit bzw. Westpolitik“ die Gesamtheit aller offiziellen politischen Bemühungen, aller Propagandaaktivitäten sowie aller auf die Bundesrepublik Deutschland gerichteten geheimen Maßnahmen zusammen, die darauf gerichtet waren, die sich im Zeitverlauf gewandelten politischen Interessen und Ziele der SED-Führung durchzusetzen. Nach Amos Beobachtung wurden Inhalte und Strategien der SED-Westpolitik „immer unter strengster Geheimhaltung erarbeitet und größtenteils unter konspirativen Bedingungen umgesetzt“.⁶ Jochen Staadt vom Forschungsverbund SED-Staat der FU Berlin, ebenfalls ein ausgewiesener Kenner der DDR-Westarbeit, bescheinigt Heike Amos, dass sie z.B. mit ihrem 1999 erschienenen Buch zur DDR-Westarbeit bis zum Mauerbau „eine Studie von hoher wissenschaftlicher Qualität“ vorgelegt habe: „Sie untersucht fast die ganze Breite der frühen SED-Westpolitik. Erstmals werden auf umfangreicher Quellenbasis die verschiedenen parallel arbeitenden Partei- und Geheimdiensteinrichtungen untersucht, die seit 1949 in die junge Bundesrepublik

5 <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/informationen-zur-stasi/bibliothek/bibliothekskatalog/> [Stand 21.02.2022].⁹

6 Amos, 2015, S. 9.

hineinzuwirken suchten. Einbezogen werden dabei auch die in der Nationalen Front gleichgeschalteten Blockparteien.“ Die Untersuchung biete, so Staadts Fazit, „eine präzise Struktur- und Wirkungsanalyse der subversiven DDR-Westpolitik vor dem Mauerbau von 1961“.⁷

Themen ihrer Darstellungen sind unter anderem:

- Darstellung des institutionellen, strukturellen und personellen Netzwerks der für die Westarbeit zuständigen Gremien im Apparat des Zentralkomitees der SED (Westapparat der DDR-Führung: staatlich-offizielle Institutionen der SED-Deutschlandpolitik wie z.B. das Staatssekretariat für westdeutsche Fragen)
- Interaktions-, Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse zur Deutschlandpolitik in den SED-Spitzenorganen
- Darstellung des Wandels der DDR-Deutschlandpolitik im Zeitverlauf (Wiedervereinigung unter SED-Regie durch Umsturz des westdeutschen Systems in den 1950er Jahren, Anerkennung der Zweistaatlichkeit seit Mitte der 1960er-Jahre, Bemühungen um völkerrechtliche Anerkennung der DDR seit Ende der 1970er-Jahre)
- Geheimdiplomatie und Geheimdienstkontakte im Auftrag der SED-Führung (Gefangenenaustausch, Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen, Devisenbeschaffung etc.)
- Strategien, Methoden, Aktionen und Maßnahmen der Einflussnahme auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik
- Bemühungen um Einflussnahme auf bundesdeutschen Bundes- und Landesregierungen und weitere relevante Entscheidungsträger
- Versuche der Einflussnahme in den Bereichen Medien, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft
- Gründung, Finanzierung, Steuerung und Instrumentalisierung kommunistischer Parteien und Tarnorganisationen in der Bundesrepublik (DKP, DFU, SEW, KOFAZ etc.)
- Versuche der Einflussnahme auf politische Parteien (Bund der Deutschen, Gesamtdeutsche Volkspartei, SPD, Grüne etc.), Organisationen (Gewerkschaften, Sozialverbände etc.) und Institutionen (Polizei, Bundeswehr, Geheimdienste etc.) der Bundesrepublik
- Aufbau und Pflege von Kommunikationsbeziehungen zwischen SED-Funktionären sowie Vertretern der westdeutschen Sozialdemokratie und Gewerkschaften zur Beförderung der deutschlandpolitischen Zielsetzungen der SED-Führung (u.a. durch direkte Gespräche und gemeinsame Veranstaltungen mit für die Westarbeit qualifizierten SED-Reisekadern in der Bundesrepublik)
- Versuche der Einflussnahme auf westdeutsche Politiker, Gewerkschaftsfunktionäre, Journalisten, Wissenschaftler und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens im Interesse der jeweiligen (deutschland-) politischen Zielvorstellungen des SED-Regimes
- Beeinflussung der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik zugunsten der DDR-Politik durch Propagandaaktionen, Infiltrationsmaßnahmen und (Des-) Informationskampagnen
- Einflussnahmen auf politische und soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen, NGOs und zivilgesellschaftliche Aktivitäten in der Bundesrepublik (z.B. Bewegung gegen Wiederbewaffnung)

7 Jochen Staadt, Schneisen im Stasi-Dschungel. Die alte Bundesrepublik wurde weder destabilisiert noch unterwandert / Desinformationskampagnen gegen Bonner Politiker mit gefälschtem Material. Besprechung von drei Publikationen zur DDR-Westarbeit. FAZ vom 7.05.2000. https://www.buecher.de/shop/deutschlandpolitik/die-westpolitik-der-sed-194849-1961/amos-heike/products_products/detail/prod_id/27178250/#reviews [Stand 21.02.2022].

und atomare Aufrüstung, Ostermarsch- und Friedensbewegung, Weltfriedensrat (WFR), Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFAZ), Anti-Atomkraft- und Umweltbewegung, Krefelder Appell)

- Aufbau, Steuerung und Subventionierung der 1953 gegründeten Partei „Bund der Deutschen. Partei für Einheit, Frieden und Freiheit (BdD)“ als „bürgerliche Oppositionsgruppe“ im Kampf gegen die Wiederbewaffnung, die Westintegration, den Deutschlandvertrag mit den Westalliierten und den EVG-Vertrag sowie als Befürworter einer Verständigung mit der Sowjetunion und der Aufnahme von gesamtdeutschen Gesprächen zur Wiederherstellung der deutschen Einheit unter SED-Regie
- Aufbau, Steuerung und Finanzierung der 1960 gegründeten, pazifistisch orientierten Deutschen Friedensunion (DFU) mit ihrer aus Vertretern verschiedener politischer Lager zusammengesetzten Mitgliedschaft zur Unterstützung der DDR: a) bei deren Bemühungen um friedliche Koexistenz, deutsch-deutsche Verständigung und die staatliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik sowie b) im Kampf gegen die atomare Ausrüstung des Westens und gegen die Notstandsgesetze
- Aufbau von vertrauensvollen (persönlichen) Beziehungen und Kommunikationskanälen zu tatsächlichen und potentiell einflussreichen Persönlichkeiten der Bundesrepublik (u.a. durch Organisation von Besuchsreisen, Austauschprogrammen und Vermittlung von Kontakten zu hochrangigen Politikern der DDR und der sowjetischen Militäradministration)
- Anwerbung und Einsatz von westdeutschen informellen Mitarbeitern durch das MfS
- Geheimdienstliche bzw. Spionagetätigkeit des MfS in Westdeutschland und Berlin-West
- Überwachung deutsch-deutscher Kontakte durch das MfS.

2.5. BStU-Gutachten: Der Deutsche Bundestag 1949 bis 1989 in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR (2013)

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) hat 2013 die im Auftrag des Deutschen Bundestages erarbeitete Studie „Der Deutsche Bundestag 1949 bis 1989 in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Gutachten an den Deutschen Bundestag gemäß § 37 (3) des Stasi-Unterlagen-Gesetzes“ vorgelegt. Gemäß Auftrag sollte in der Studie die „in den Stasi-Unterlagen dokumentierten tatsächlich erfolgten oder versuchten Einflussnahmen des Staatssicherheitsdienstes der DDR auf Mitglieder des Deutschen Bundestages in der Zeit von 1949 bis 1989“ untersucht werden. Dabei war explizit vorgesehen, dass im Rahmen der Untersuchung auch die „MfS-Verstrickung von Abgeordneten“ dokumentiert werden. Wegen des vorgesehenen engen Zeitrahmens bestand zudem zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer Einigkeit darüber, dass in der zu erarbeitenden Studie nicht alle Fragen umfassend bearbeitet werden können und deshalb zu einem späteren Zeitpunkt ggf. „weiterführende Untersuchungen“ durchgeführt werden könnten⁸ Anlass für die Beauftragung der BStU waren zum einen die zahlreichen in der politischen öffentlichen Debatte kursierenden inhaltlichen und begrifflichen Missverständnisse, Falschinformationen und Fehldeutungen über den Einfluss des MfS auf den Bundestag und seine Mitglieder. Zum

8 Vgl. Gutachten, 2013, S. 9.

anderen erhöhten auch die wenig zufriedenstellenden Erfahrungen des Bundestages mit der freiwilligen Überprüfung seiner Mitglieder auf MfS-Verstrickung das allgemeine Bedürfnis nach einer systematischen Aufhellung der historischen Abläufe.⁹

Die Beauftragung der BStU mit der Erstellung dieser Studie erfolgt auf Grundlage von § 37 (3) des Stasi-Unterlagengesetzes, der dem Deutschen Bundestag ausdrücklich die Möglichkeit einräumte, Gutachten bei der Stasi-Unterlagenbehörde anzufordern. Inzwischen ist der entsprechende Paragraph gestrichen worden.¹⁰

In der Studie werden insbesondere folgenden Fragestellungen und Probleme untersucht:

- Theoretische Grundlagen der Geheimdienstarbeit des MfS (langfristige Strategien, ideologische Denkmuster): Hierzu stellen die Autoren der Studie fest, dass „der Bundestag nicht das einzige herausragende Ziel der politischen Spionage des MfS war, sondern in einer Reihe mit anderen politischen Institutionen wie den Parteien und Ministerien stand.“¹¹
- Unterschiedliche Vorgehensweisen gegenüber einzelnen Parteien und Fraktionen durch das MfS: Wegen ihrer Basis in der Arbeiterschaft wurde die SPD bis in die 1970er-Jahre einerseits als potentielle Verbündete betrachtet und entsprechend umworben, andererseits aber wegen ihrer „rechten Führer“ gehasst und stärker bekämpft als CDU/CSU und FDP.¹²
- Methoden und Inhalte der Informationsgewinnung durch das MfS auf Basis der SIRA-Datenbank (Erfassung der geheimdienstlichen Erkenntnisse im Ausland); Rekonstruktion der Spionagetätigkeit des MfS in Bezug auf einzelne Gremien des Bundestages.
- Bundestagsgremien, -institutionen und Themen, die bevorzugt vom MfS beobachtet wurden. Thematisch galt das Interesse des MfS insbesondere der Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik.¹³
- Informationsquellen des MfS waren die Ständige Vertretung der DDR in Bonn, westdeutsche Informelle Mitarbeiter, (West-IM) sowie die Telefonüberwachung und Funkaufklärung durch das MfS. Als West-IM wurden u.a. Bundestagsabgeordnete, MdB-Mitarbeiter, Personen im Umfeld der Abgeordneten sowie Personen, die ohne ihr Wissen gezielt von MfS-Mitarbeitern abgeschöpft wurden.¹⁴
- Gewichtung und Ergiebigkeit der Informationsquellen sowie Offenlegung von Namen und Funktionen der Personen, die Informationen – bewusst oder unbewusst – an das MfS weitergegeben haben: Fast alle in diesem Zusammenhang genannten Personen waren bereits durch entsprechende Forschungsarbeiten seit 1990 als Informanten der Staatssicherheit aufgedeckt worden. Unter den Informanten befinden sich nur wenige Abgeordnete; hauptsächlich waren

9 Vgl. Gutachten, 2013, S. 9f.

10 Vgl. https://www.gesetze-im-internet.de/stug/_35_bis_37.html [Stand 16.02.2022].

11 Gutachten, 2013, S. 10.

12 Gutachten, 2013, S. 10f.

13 Gutachten, 2013, S. 11.

14 Gutachten, 2013, S. 11.

Abgeordneten-, Fraktions- und Parlamentsmitarbeiter sowie (Partei-) Freunde der Abgeordneten und Journalisten an der Weitergabe von Informationen an das MfS beteiligt. Auch diese Personen sind im Gutachten namentlich genannt. Zudem waren auch Indiskretionen im Parlament und nachlässiger Umgang mit vertraulichen Unterlagen und Informationen eine wichtige Quelle des MfS.¹⁵

- Untersuchung der IM-Tätigkeit von Bundestagsabgeordneten auf Basis der „Rosenholz-Unterlagen“ (280.000 Karteikarten mit personenbezogenen Grunddaten über IM, Personen in deren Umfeld sowie Personen, die aus unterschiedlichsten Gründen für das MfS von Interesse waren): Den Untersuchungen der BStU zufolge sind 94 Prozent der Bundestagsabgeordneten nicht oder nur sehr allgemein erfasst worden. Sechs Prozent der Abgeordneten wurden dagegen aus spezifischen Gründen erfasst. Diese waren allerdings vielfältiger Natur und belegen keineswegs immer eine Zusammenarbeit mit dem MfS oder eine direkte IM-Tätigkeit. So befinden sich in der Rosenholz-Kartei auch Karteikarten von Bundestagsabgeordneten, die Opfer von subversiven Maßnahmen des MfS waren (z.B. von Willy Brandt als Ziel einer Verleumdungskampagne).¹⁶
- Identifikation von Bundestagsabgeordneten, die Informationen an die Staatssicherheit übermittelt haben: Nach Auswertung der Rosenholz-Kartei waren neun MdB bewusst als IM für das MfS tätig;¹⁷ für elf Abgeordnete konnte zwar anhand der Akten nachgewiesen werden, dass sie über einen längeren Zeitraum Informationen an das MfS geliefert haben, aber es ließ sich nicht zweifelsfrei feststellen, ob es sich dabei um eine bewusste Zusammenarbeit handelte. Die Daten belegen zudem, dass das MfS sich fortlaufend und mit hohem Aufwand um die Anbahnung von nachrichtendienstlichen Kontakten zu Bundestagsabgeordneten als bevorzugte Informationslieferanten bemüht hat.¹⁸
- Methoden der Kontaktaufnahme durch das MfS: unter anderem wurden hierfür Beziehungen zu Verwandten in der DDR, alte Verbindungen aus der Arbeiterbewegung oder dem Widerstand gegen das NS-Regime, materielle Anreize sowie das Angebot von vertraulichen politischen Gesprächen genutzt. Die allermeisten Kontaktanbahnungsversuche sind den Erkenntnissen der Studie allerdings gescheitert.¹⁹
- Aktive Einflussnahme des MfS auf die Arbeit des Deutschen Bundestages: Die im Rahmen der Studie benutzten archivalischen Unterlagen enthalten nur wenige Nachweise für „aktive Maßnahmen“ des MfS gegenüber dem Bundestag. Dies gilt auch für den vielleicht schwerwiegendsten Fall der Einflussnahme, die Manipulation des Misstrauensvotums gegen Willy Brandt durch Stimmenkauf 1972, deren Offenlegung anderen Quellen zu verdanken ist. Zwar lassen sich anhand der verwendeten Quellen Einflussversuche des MfS z.B. auf Bundestagswahlen, im Zusammenhang mit der Berlinpräsenz des Bundestages oder bei der Diskreditierung von Parlamentariern nachweisen, aber auf die parlamentarische Arbeit haben sich diese

15 Gutachten, 2013, S. 11.

16 Gutachten, 2013, S. 12.

17 Im Einzelnen handelte es sich um die Abgeordneten Otto Graf (SPD), Karlfranz Schmidt-Wittmack (CDU), Anton Donhauser (CSU), Josef Braun (SPD), William Borm (FDP), Gerhard Flämig (SPD), Julius Steiner (CDU), Karl Wienand (SPD) und Dirk Schneider (Grüne); vgl. Gutachten, 2013, S. 12.

18 Gutachten, 2013, S. 12f.

19 Gutachten, 2013, S. 13.

Bemühungen offensichtlich nicht entscheidend ausgewirkt. Auch die These, das MfS habe neben dem Misstrauensvotum von 1972 noch zahlreiche weitere Abstimmungen im Bundestag manipuliert, wird durch die BStU-Studie entkräftet.²⁰

- Einsatz der Methode der Telefonüberwachung durch die MfS-Funkaufklärung: Den Erkenntnissen der Studie zufolge wurde hierdurch seit Mitte der 1970er-Jahre ein Großteil des wachsenden Informationsbedarfs der DDR-Führung abgedeckt.²¹
- MdB-Reisen in die DDR: Die überlieferten Akten belegen, dass sich in der Zeit der deutschen Teilung zahlreiche Bundestagsabgeordnete privat oder in offizieller Funktion in der DDR aufgehalten haben. Wegen der dabei in den 1970er- und 1980er-Jahren erfolgten Zusammenreffen mit Oppositionellen verhängte die Stasi zwar wiederholt Einreisesperren, die aber auf Weisung übergeordneter Stellen zumeist ausgesetzt wurden. Zugleich nutzte das MfS die DDR-Reisen von Bundestagsabgeordneten zur Kontaktaufnahme.
- Aktivitäten von Geheimdiensten der Warschauer-Paktstaaten: Die Unterlagen belegen, dass die verbündeten Geheimdienste der CSSR und Rumäniens ebenfalls versucht haben, MdB als Informanten zu gewinnen. Auch gab es einen Informationsaustausch über Abgeordnete und Bundestagsangelegenheiten zwischen den verbündeten Geheimdiensten. Allerdings ist die Überlieferung zu diesem Themenkomplex äußerst bruchstückhaft.²²
- Auswertung und Umsetzung der Geheimdienstinformationen durch die DDR-Staatsführung: Eine in den Unterlagen enthaltene Liste mit dem Titel von ca. 800 Informationsberichten über die vom MfS gewonnenen Information lässt Rückschlüsse auf Auftraggeber Interessen und Kenntnisstand des MfS zu. Allerdings sind nach Ansicht der Autoren die Auswirkungen dieser Informationen auf die Politik der DDR-Führung noch weitgehend unerforscht.²³

3. Die Erforschung der DDR-Westarbeit: Institutionen, Entscheidungsprozesse und Förderung

3.1. Forschungsinstitutionen

Die im Rahmen dieses Auftrags durchgeführten Recherchen²⁴ haben ergeben, dass Forschungsarbeiten zur Aufhellung der DDR-Westarbeit in unterschiedlichen institutionellen Kontexten durchgeführt wurden. Eine wissenschaftliche Einrichtung, die schwerpunktmäßig auf das Thema DDR-Westarbeit ausgerichtet ist, gibt es nicht. Es ist davon auszugehen, dass es – wie bei der Forschungstätigkeit in anderen Themenfeldern auch – im Wesentlichen von den Forschungsinteressen der jeweils in bestimmten Institutionen tätigen Personen abhängig ist, ob Vorhaben zu diesem Thema durchgeführt werden. So kann z.B. die Durchführung eines bestimmten Projekts zum Thema SED-Westarbeit in einer bestimmten Einrichtung dazu führen, dass auch weitere Mitarbeiter dieser Institution sich diesem Forschungsthema widmen, so dass die Einrichtung als Ganzes im Laufe der Zeit über ein gewisses Maß an Expertise auf diesem Gebiet erwirbt. Andererseits

20 Gutachten, 2013, S. 14.

21 Gutachten, 2013, S. 14.

22 Gutachten, 2013, S. 15.

23 Gutachten, 2013, S. 15.

24 S. Fussnote 2.

kann der sich im Wissenschaftsbereich häufig vollziehende personelle Wechsel zwischen Institutionen dazu führen, dass das in einer Institution konzentrierte Expertenwissen in andere Einrichtungen transferiert wird. Eine Ausnahme in diesem Zusammenhang ist die Stasi-Unterlagenbehörde (seit 2021 Stasi-Unterlagen-Archiv im Bundesarchiv), deren Forschungsabteilung seit ihrer Gründung einen erheblichen Teil ihrer Forschungsanstrengungen der Tätigkeit des MfS in der Bundesrepublik gewidmet hat.²⁵ Darüber hinaus entsprechen die organisatorischen Grundlagen der meisten zu den DDR-Westaktivitäten durchgeführten Forschungsarbeiten den in der deutschen Wissenschaftslandschaft üblichen institutionellen Einbindungen. Im Wesentlichen lassen sich folgende institutionelle Grundlagen und Einbindungen für die Forschungen zur SED-Westarbeit beobachten:

- Universitäre Einrichtungen (historische, politik- und sozialwissenschaftliche Institute, Seminare etc.)
- Außeruniversitäre Einrichtungen (Wissenschaftliche Institute, Forschungszentren und Gesellschaften etc., insbesondere die der Wissenschaftsgemeinschaft Leibniz angehörenden Institute „Zentrum für Zeithistorische Forschungen (ZZF)“, Potsdam, und das „Institut für Zeitgeschichte (IfZ)“, München-Berlin)
- Forschungsverbände (verbundene Projekte von Einzelforschern und Institutionen aus unterschiedlichen Bereichen z.B. bei der Durchführung von Tagungen oder der Erstellung von Sammelbänden)
- Wissenschaftliche und politische Stiftungen
- Einzelforscher und Publizisten (ohne institutionelle Einbindung).

Eigenen Recherchen und einer Umfrage bei ausgewählten Experten der DDR-Geschichte zufolge haben sich in den letzten drei Jahrzehnten insbesondere folgende wissenschaftlichen Einrichtungen intensiver mit der Erforschung der DDR-Westarbeit befasst:²⁶

- Forschungsverbund SED Staat an der FU Berlin²⁷
- Behörde der / des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), seit 2021 Stasi-Unterlagen-Archiv des Bundesarchivs²⁸
- Edition „Dokumente zur Deutschlandpolitik“ des Bundesarchivs²⁹
- Arbeitsbereich DDR-Geschichte im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) der Universität Mannheim³⁰

25 Vgl. Kapitel 2.3 und 2.5.

26 Heike Amos (IfZ), Mail vom 26.01.2022; Jens Gieseke (ZZF), Mail vom 10.02.2022; Ulrich Mählert (Bundesstiftung – Aufarbeitung), Mail vom 4.02.2022 und 21.02.2022; Thomas Widenka (BKM), Mail vom 9.02.2022.

27 <https://www.fu-berlin.de/sites/fsed/wir/index.html> [Stand 21.02.2022].

28 <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/> [Stand 21.02.2022].

29 <https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Artikel/Ueber-uns/Aus-unserer-Arbeit-Unterseiten/dzd-banduebersicht.html> [Stand 21.02.2022].

30 <https://www.mzes.uni-mannheim.de/d7/de> [Stand 21.02.2022].

- Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam³¹
- Institut für Zeitgeschichte, München/Berlin³²
- Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland (FDS) an der Universität Rostock³³
- Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (HAIT), Dresden³⁴
- Institut für Deutschlandforschung (IfD) an der Ruhr-Universität Bochum³⁵
- Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam³⁶
- Robert-Havemann-Gesellschaft Berlin³⁷.

Nicht unwesentlich für die historische Aufarbeitung der Westarbeit des SED-Regimes waren darüber hinaus auch die Impulse, die aus dem Medienbereich kamen. Hier wäre unter anderem auf die Investigativrecherchen verschiedener Journalisten bei der Aufdeckung von West-Mitarbeitern des MfS hinzuweisen. Die Stiftung Aufarbeitung führte und führt – trotz ihrer hervorgehobenen Bedeutung für die gesellschaftliche Aufklärung über die DDR-Vergangenheit – dagegen weder eigene Forschungen durch noch nimmt sie auf die Entwicklung der Forschung aktiven Einfluss, z.B. durch „klassische“ Projektförderung.³⁸

Seit der deutsch-deutschen Vereinigung im Jahr 1990 gab es eine Reihe von wissenschaftlichen Projekten, Veranstaltungen, Tagungen etc., die sich schwerpunktmäßig, teilweise oder auch nur am Rande mit der DDR-Westarbeit befassten. Diese wissenschaftlichen Bemühungen wurden nicht nur von bzw. an Einrichtungen durchgeführt bzw. organisiert, die sich schwerpunktmäßig mit der Erforschung der DDR befassen. Die nachfolgende, keineswegs vollständige Zusammenstellung soll einen cursorischen Überblick über die unterschiedliche Herangehensweise und die Bandbreite der Forschungsanstrengungen zum Themenkomplex DDR-Westarbeit vermitteln:³⁹

31 <https://zzf-potsdam.de/> [Stand 21.02.2022].

32 <https://www.ifz-muenchen.de/> [Stand 21.02.2022].

33 <https://www.dokumentationsstelle.uni-rostock.de/> [Stand 21.02.2022].

34 <https://hait.tu-dresden.de/ext/> [Stand 21.02.2022].

35 <https://www.ruhr-uni-bochum.de/deutschlandforschung/Index.html> [Stand 21.02.2022].

36 <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/weitere-bmvg-dienststellen/zentrum-militaergeschichte-sozialwissenschaften> [Stand 21.02.2022].

37 <https://www.havemann-gesellschaft.de/archiv-der-ddr-opposition/startseite/> [Stand 21.02.2022].

38 Ulrich Mählert (Bundesstiftung – Aufarbeitung), Mail vom 4.02.2022.

39 Quellen für die Übersicht über Forschungsaktivitäten zur DDR-Westarbeit sind zum einen Informationen, die freundlicherweise von der Bundesstiftung – Aufarbeitung zur Verfügung gestellt wurden, zum anderen Ergebnisse eigener Recherchen in der DFG-Datenbank GEPRIS; vgl. Ulrich Mählert (Bundesstiftung – Aufarbeitung), Mail vom 21.02.2022 sowie <https://gepris.dfg.de/gepris/OCTOPUS> [Stand 21.02.2022].

-
- Berufliche und soziale Integration von DDR-Zuwanderern in Phasen der Prosperität und Massenarbeitslosigkeit. DFG-Projekt. Karl F. Schumann; Helga Hoppe-Roovers (Universität Bremen). 1988-1991.
 - Die Rolle der Strukturen, Mechanismen und Inhalte der Außenpolitik im Herrschaftssystem der DDR 1949-1990. Projekt. Prof. Dr. Siegfried Bock; Ingrid Muth (Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e.V., Berlin). 1994-1996.
 - Die Westarbeit der FDJ 1946-1989. Projekt. Helga Gotschlich; Michael Herms; Karla Popp; Irene Drath (Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung e.V., Berlin). 1994.
 - Nationale Konzeptionen der SED und die Grundlagen der Deutschland- und Außenpolitik der DDR im Ost-West-Konflikt. Projekt. Michael Lemke (Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien, ZZF Potsdam). 1996-1998.
 - Die DDR und die deutsch-deutschen Beziehungen in den Jahren 1969 bis 1982. DFG-Projekt. Ludolf Herbst (HU Berlin). 1996-2001.
 - Beziehung zwischen Dänemark und der DDR in den fünfziger Jahren mit dem Schwerpunkt Staatssicherheit 1949-1960. Dissertationsprojekt. Thomas Wegener Fris (Universität Odense). 1997-2000.
 - Hettstedt ruft Münster! Westarbeit der SED im Bezirk Halle und in Nordrhein-Westfalen. Dissertationsprojekt. Martin Mönnighoff (Universität Münster). 1999.
 - „Abgegrenzte Weltoffenheit“ – Wie funktionierte die Deutschland- und Außenpolitik der DDR in den siebziger und achtziger Jahren? 1970-1990. Tagung. Detlef Nakath; Daniel Küchenmeister; Gerd-Rüdiger Stephan (Brandenburger Verein für politische Bildung, Rosa-Luxemburg, Potsdam). 1999.
 - Völkerfreundschaft im Kalten Krieg. Die politischen, kulturellen und ökonomischen Beziehungen der DDR zu Italien 1949-1973. DFG-Publikationsbeihilfe. Johannes Lill. 2000-2001.
 - Migration und national-kulturelle Zugehörigkeit. Ost-West-Wanderungen von ehemaligen DDR-Bürgern und Russlanddeutschen in biographischer und intergenerationaler Perspektive. DFG-Projekt. Peter Alheit (Universität Göttingen, Institut für Erziehungswissenschaft). 2001-2003.
 - Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949-1961. DFG-Projekt. Christoph Kleßmann; Michael Lemke (ZZF Potsdam). 2001-2002.
 - Die Beziehungen zwischen der DDR und Frankreich 1949-1973. DFG-Forschungsstipendium. Ulrich Pfeil (Université de Lorraine; UFR Arts, Lettres & Langues; Frankreich). 2001-2004.
 - Die Außenpolitik der DDR. Möglichkeiten und Grenzen 1949-1989. Projekt. Hermann Wentker (Institut für Zeitgeschichte, Berlin). 2002.
 - Das war die DDR. Die DDR im Fadenkreuz von Herrschaft, Kultur, politischem System, Geschichtsforschung, Wirtschaft und Außenpolitik. Tagung. Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Europäischen Akademie Otzenhausen; Bundeszentrale für politische Bildung; Union-Stiftung Saarbrücken; Asko-Europa Stiftung; Stiftung Aufarbeitung. Otzenhausen 2003.
 - Die DDR in Europa – Zwischen Isolation und Öffnung. Tagung. Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Europäischen Akademie Otzenhausen; Bundeszentrale für politische Bildung; Stiftung Aufarbeitung; ASKO Europa-Stiftung. Otzenhausen 2004.
 - Politisierungs- und Entpolitisierungsprozesse in der DDR. Thematisiert, tabuisiert, (ent-)politisiert? Das Thema Reisen in der DDR, 1949-1989, DFG-Projekt. Ingrid Gilcher-Holtey (Universität Bielefeld, SFB 584: Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte). 2004.
 - Der Westen im Visier – Stasi-Spionage in westlichen Demokratien. Tagung. Akademie für Politische Bildung Tutzing. 2006.

-
- Politische Biographien im Generationsverlauf 1945-1989. Politisches Handeln und Prozesse der Sanktionierung und Inhaftierung in Ost- und Westdeutschland. DFG-Projekt. Martina Schiebel (Universität Oldenburg; Institut für Pädagogik). 2007-2011.
 - Der Bereich kommerzieller Koordinierung in der DDR und die Ausnutzung der westeuropäischen Integration. DFG-Projekt. Martin Sabrow (ZZF Potsdam). 2008-2010.
 - "Das System ist der Fehler". Eine Beziehungsgeschichte systemkritischer Strömungen in Ost- und Westdeutschland während der 70er und 80er Jahre. DFG-Projekt. Martin Sabrow (ZZF Potsdam). 2008-2010.
 - Kalter Krieg in Deutschland. Die KPD im deutsch-deutschen Systemkonflikt 1949-1968. DFG-Projekt. Ulrich Herbert (Universität Freiburg, Lehrstuhl für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte). 2008-2013.
 - Spionage gegen Bonn. Die Hauptverwaltung A 1959-1990. Projekt. Helmut Müller-Enbergs (BStU). 2009-2012.
 - Das 20. Jahrhundert als Erfahrung und Sujet. Zeitgeschichte und Zeiterfahrung in der deutsch-deutschen Historikerkonkurrenz. DFG-Projekt. Christina Morina; Franka Maubach (Universität Bielefeld, Arbeitsbereich Zeitgeschichte). 2010-2014.
 - MfS und "Ausreiser" in den 70er und 80er Jahren. Eine mikrohistorische Vergleichsstudie im Kreis Halberstadt. DFG-Projekt. Martin Sabrow (ZZF Potsdam). 2008-2012.
 - Spionage gegen Bonn. Die Hauptverwaltung A 1959-1990. Projekt. Helmut Müller-Enbergs (BStU). 2009-2012.
 - Der zentrale SED-Apparat und die "Arbeit nach Westdeutschland / bzw. nach der BRD" 1961 bis 1989. DFG-Projekt. Andreas Wirsching (IfZ München). 2009-2013.
 - Die SED-Westarbeit 1961 bis 1989. DFG-Projekt. Heike Amos (Institut für Zeitgeschichte, Berlin). 2010-2012.
 - Ostpolitik der deutschen Gewerkschaften in der Ära der Entspannungspolitik (1969-1989). DFG-Projekt. Wilfried Loth (Universität Duisburg-Essen; Fakultät Geisteswissenschaften, Historisches Institut). 2010-2014.
 - Grenzüberschreitungen. Internationaler Programmaustausch als interkulturelle Kommunikation zwischen West- und Osteuropa am Beispiel des DDR-Fernsehens. DFG-Projekt. Thomas Beutelschmidt; Anette Vowinckel (ZZF Potsdam). 2011-2015.
 - Beargwöhnt und benötigt: Westemigranten zwischen USA-Exil und DDR. DFG-Buchprojekt. Martin Sabrow (ZZF Potsdam). 2012-2017.
 - Spionage an der Universität. Wirken und Einfluss des Ministeriums für Staatssicherheit an westdeutschen Hochschulen (1971–1989). Projekt. Thomas Großbölting; Sabine Kittel (Universität Münster). 2015-2018.
 - Schöneberg „im Visier der Stasi“. Wanderausstellung. Jugendmuseum Berlin-Schöneberg. 2015.
 - Zwischen Abgrenzung und Verflechtung. Eine vergleichende Untersuchung zur deutschen Nachkriegsgeschichte in den Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik 1955–1990. DFG-Projekt. Franz-Josef Meiers (Universität Rostock). Historisches Institut. Seit 2018.

Zum Abschluss dieser Übersicht werden noch einige Forschungsverbünde, wissenschaftliche Instituten sowie Lehrstühle und Professuren aufgelistet, die sich schwerpunktmäßig mit Fragen zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte befasst haben. Auch wenn das Thema DDR-Westarbeit nicht im Zentrum der an diesen Einrichtungen durchgeführten Forschungsaktivitäten stand, ist es durchaus denkbar, dass hier auch einzelne Aspekte dieses Themenfeld untersucht worden sind.

a) Forschungsverbünde⁴⁰**- DDR-PSYCH. DDR-Vergangenheit und psychische Gesundheit: Risiko- und Schutzfaktoren (DDR-PSYCH)***Beteiligte Einrichtungen:*

- Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW Berlin)
- Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald
- Johannes Gutenberg-Universität Mainz
- Robert Koch-Institut (RKI), Berlin
- Universitätsmedizin Greifswald.

- DisHist. Menschen mit Behinderung in der DDR*Beteiligte Einrichtungen:*

- Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Prof. Dr. Sebastian Barsch, Projektleitung
- Stiftung Drachensee, Kiel
- Universität der Bundeswehr München.

- DuT. Diktaturerfahrung und Transformation: Biographische Verarbeitungen und gesellschaftliche Repräsentationen in Ostdeutschland seit den 1970er Jahren*Beteiligte Einrichtungen:*

- Friedrich-Schiller-Universität Jena
- Stiftung Ettersberg, Weimar, Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller, Professur für europäischen Diktaturenvergleich, Universität Jena, Sprecher des Forschungsverbundes
- Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora
- Universität Erfurt.

- Erbe89. Das umstrittene Erbe von 1989 – Aneignungen zwischen Politisierung, Popularisierung und historisch-politischer Geschichtsvermittlung*Beteiligte Einrichtungen:*

- Universität Leipzig, Prof. Dr. Monika Wohlrab-Sahr, Professur für Kultursoziologie
- Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Prof. Dr. Sylvia Paletschek, Professur für Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts,

- Grenzregime. Tödliche Fluchten und Rechtsbeugung gegen Ausreisewillige*Beteiligte Einrichtungen:*

- Freie Universität Berlin, Forschungsverbund SED-Staat
- Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Prof. Dr. Hubertus Buchstein, Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte
- Universität Potsdam, Prof. em. Dr. Manfred Görtemaker, Emeritus der Professur Geschichte des 19./20. Jahrhunderts,

40 Ulrich Mähler (Bundesstiftung – Aufarbeitung), Mail vom 4.02.2022; vgl. https://www.bmbf.de/bmbf/shared-docs/downloads/files/forschungsverbuende-ddr.pdf;jsessionid=82A1AE1978A8F126EF5176EC8BF66E4F.live092?_blob=publicationFile&v=1 [Stand 21.02.2022].

- **Das mediale Erbe der DDR. Akteure, Aneignung, Tradierung**

Beteiligte Einrichtungen:

- LMU München, Prof. Dr. Michael Meyen, Professur für Allgemeine und Systematische Kommunikationswissenschaft, Sprecher des Forschungsverbunds; Prof. Dr. Michele Barri-
celli, Lehrstuhl Didaktik der Geschichte und Public History; Prof. Dr. Margit Szöllösi-Janze,
Lehrstuhl für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte
- Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Martin Lücke, Professur Didaktik der Geschichte
- Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF), Prof. Dr. Frank Bösch, Di-
rektor des ZZF und Professur für deutsche und europäische Geschichte des 20. Jahrhun-
derts der Universität Potsdam.

- **Mod-Block-DDR. Modernisierungsblockaden in Wirtschaft und Wissenschaft der DDR (im
innerdeutschen Vergleich und im Vergleich mit Nachbarländern in Ostmitteleuropa)**

Beteiligte Einrichtungen:

- Universität Bremen
- Europa Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
- Friedrich-Schiller-Universität Jena
- Technische Universität Berlin.

- **MythErz. Bildungs-Mythen – eine Diktatur und ihr Nachleben. Bilder(welten) über Praktiken
und Wirkungen in Bildung, Erziehung und Schule der DDR**

Beteiligte Einrichtungen:

- Humboldt-Universität zu Berlin
- Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)
- Universität Hildesheim
- Universität Rostock.

- **SED-Unrecht. Landschaften der Verfolgung. Forschungsverbund zur Erfassung und Analyse
der politischen Repression in SBZ und DDR**

Beteiligte Einrichtungen:

- Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Jörg Baberowski, Professur für Geschichte Osteu-
ropas, Sprecher des Forschungsverbunds
- Charité-Universitätsmedizin Berlin, Univ.-Prof. Dr. Dipl.-Psych Isabella Heuser, Direktorin
der Klinik und Hochschulambulanz für Psychiatrie und Psychotherapie
- Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder, Prof. Dr. Johannes Weberling, Honorarprofes-
sor für Medienrecht
- Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.
- Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., Berlin
- Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
- Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße, Potsdam
- Universität Passau, Prof. Dr. Barbara Zehnppennig, Professur für Politische Theorie und Ide-
engeschichte.

- **SiSaP. Seelenarbeit im Sozialismus – Die ambivalente Rolle der Psychologie, Psychiatrie und
Psychotherapie im Gesundheitssystem der DDR**

Beteiligte Einrichtungen:

- Universitätsklinikum Jena
- Fachhochschule Dortmund

-
- Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
 - Universitätsmedizin Greifswald.

 - **Stadtzerfall-Wende. Stadterneuerung am Wendepunkt – die Bedeutung der Bürgerinitiativen gegen den Altstadtzerfall für die Wende in der DDR**
Beteiligte Einrichtungen:
 - Technische Universität Kaiserslautern
 - Bauhaus-Universität Weimar
 - Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) e.V. Erkner
 - Universität Kassel.

 - **TESTIMONY. Sexuelle Gewalt und traumatische Erfahrungen in DDR-Kinderheimen**
Beteiligte Einrichtungen:
 - Universität Leipzig
 - „Alice-Salomon“-Hochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin
 - Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
 - MSB - Medical School Berlin GmbH.

 - **Torgau. Heimerziehung in Spezialheimen der DDR – Eine pädagogisch rekonstruktive Studie zum DDR Erziehungssystem und dessen Bewältigung**
Beteiligte Einrichtungen:
 - Technische Universität Dresden
 - Initiativegruppe Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e.V.

 - **UMPOBERE. Umweltpolitik, Bergbau und Rekultivierung im deutsch-deutschen Vergleich. Das Lausitzer Braunkohlenrevier, die Wismut und das Ruhrgebiet (1949-1989/2000)**
Beteiligte Einrichtungen:
 - Ruhr-Universität Bochum
 - DMT-Gesellschaft für Lehre und Bildung mbH / Deutsches Bergbau-Museum Bochum (DBM)
 - TU Bergakademie Freiberg.

 - b) Lehrstühle und Professuren⁴¹**
 - Professur für Zeitgeschichte, Prof. Dr. Patrick Wagner, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
 - Professur für Zeitgeschichte, Prof. Dr. Christina Morina, Universität Bielefeld
 - Lehrstuhl für Geschichte der Neuzeit (19.-21. Jh.) mit ihren Wissens- und Technikkulturen, Prof. Dr. Elke Seefried, RWTH Aachen
 - Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte, Prof. Dr. Dietmar Süß, Universität Augsburg
 - Professur für Neuere und Zeitgeschichte und Geschichtsdidaktik, Prof. Dr. Christiane Kuller, Universität Erfurt
 - Forschungsstelle für kirchliche Zeitgeschichte Erfurt (FKZE) an der Professur für Kirchengeschichte des Mittelalters und der Neuzeit der Universität Erfurt, Prof. Dr. Jörg Seiler
 - Professur für Europäische Zeitgeschichte, Prof. Dr. Claudia Weber, Europa Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

41 Ulrich Mähler (Bundesstiftung – Aufarbeitung), Mail vom 21.02.2022.

- Professur für Neuere Geschichte/ Zeitgeschichte, Prof. Dr. Thomas Großbölting, Universität Hamburg
- Professur für die Geschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts, Prof. Dr. Dirk van Laak, Universität Leipzig
- Lehrstuhl für Zeitgeschichte, Prof. Dr. Stefan Creuzberger, Universität Rostock.

3.2. Entscheidungswege - Entscheidungsinstanzen

Nach Auskunft der befragten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen lassen sich für die Auswahl- und Entscheidungsprozesse im Bereich der Erforschung der DDR-Westarbeit keine nennenswerten Unterschiede zu anderen Forschungsfeldern erkennen. Die Entscheidung für die Bearbeitung eines Forschungsthemas zur DDR-Westarbeit treffen die beteiligten Forscherinnen und Forscher unter Bezugnahme auf ihre jeweiligen wissenschaftlichen Interessen und Ambitionen in erster Linie selbst. Neben der Forschungs- und Quellenlagen (Überlieferung) dürften für ihre Auswahl aber auch die möglichen Finanzierungsquellen und die Aktualität der ins Auge gefassten Forschungsfragen in der jeweiligen wissenschaftlichen, politischen und öffentlichen Diskussion (Zeitgeist) eine Rolle spielen.⁴² Für die tatsächliche Realisierung des Forschungsvorhabens in einem institutionellen Kontext ist es dann von entscheidender Bedeutung, dass die wissenschaftliche Leitung der Institution, an der das Vorhaben durchgeführt werden soll, die Durchführung des Vorhabens (z.B. als Instituts- oder als Qualifikationsprojekt) genehmigt. Die Zustimmung ist umso so gewisser, je stärker die Leitung in die Wahl des Forschungsthemas involviert ist. Dies gilt im Übrigen auch für die Erstellung wissenschaftlicher Qualifikationsarbeiten (Dissertationen, Habilitationen etc.), die ohne Betreuung aus dem Bereich des etablierten akademischen Personals kaum Aussicht auf einen erfolgreichen Abschluss haben dürften.

Die entscheidende Hürde stellt die Frage der Finanzierung dar, die – sofern das Vorhaben nicht durch Eigen- oder Institutionsmittel finanziert wird – über externe Finanzierungsinstrumente (Drittmittel) erfolgen muss. In der deutschen Wissenschaftslandschaft gibt es zahlreiche Institutionen und Organisationen, die über eine Vielzahl von Finanzierungsinstrumenten (Projektfördermittel, Stipendien, Zuwendungen etc.) verfügen, mit denen sie zweifellos auch Einfluss auf die Forschungsentwicklung nehmen. Aus diesem Grunde sind die meisten dieser Förderungsinstitutionen und -organisationen auch größtenteils mit Personen besetzt, die selbst in der Wissenschaft tätig sind. Damit soll sichergestellt werden, dass diejenigen, die aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit ihre wissenschaftliche Disziplin und den Wissenschaftsbetrieb bestens von innen kennen, weitgehend selbst über die zukünftige Forschungsentwicklung (mit-) entscheiden. Dies trifft so zumindest für die meisten bedeutenderen öffentlichen wie privaten Einrichtungen der Wissenschaftsförderung wie z.B. für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die Volkswagenstiftung, aber auch für parteinahe Stiftungen oder die Forschungsförderungsinstitutionen von Wirtschaft und Verbänden zu. Auch die Vergabe von Forschungsgeldern durch staatlich-administrative Einrichtungen erfolgt unter maßgeblicher Mitsprache von Wissenschaftsvertretern.

Die hier für den Wissenschaftsbetrieb allgemein beschriebenen Verfahren und Entscheidungsprozesse werden auch von den befragten Einrichtungen bestätigt: Das Kabinetts- und Parlamentsreferat der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) führt mit Blick auf die in

42 Vgl. Heike Amos (IfZ), Mail vom 31.01.2022.

seinem Haus praktizierte Förderung aus, dass „die erinnerungs- und gedenkpolitischen Aktivitäten der BKM ... durchgängig dem Grundsatz der Staatsferne [folgen] und ... die Freiheit der Wissenschaft [respektieren]. Diesen Grundsätzen entsprechend wurden seitens der BKM keine Untersuchungen ... [zur DDR-Westarbeit] in Auftrag gegeben, und es ist auch nicht beabsichtigt, solche in Zukunft zu beauftragen.“ Etablierte Verfahren der Beauftragungen von wissenschaftlichen Einrichtungen oder Einzelforschern mit der Erstellung von Studien zu bestimmten Themen, gebe es im BKM nicht.⁴³ Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das in großem Umfang über die Verteilung staatlicher Mittel zur Förderung wissenschaftlicher Vorhaben entscheidet, fördert eigenen Angaben zufolge „(geschichts-) wissenschaftliche Arbeiten nur selten durch Auftragsforschung. In der Regel geschieht dies [=die Förderung von historischer Forschungsvorhaben] durch Ausschreibung mittels Förderrichtlinien im Rahmen der Projektförderung. Die Begutachtung der daraufhin eingereichten Anträge erfolgt durch Fachwissenschaftler/innen. In die Planung und Formulierung derartiger Förderrichtlinien werden Vertreter/innen der Wissenschaft in Form von sog. Fachgesprächen eingebunden. Die zurzeit laufende Förderung der DDR-Forschung basiert auf der Förderrichtlinie vom 26. Mai 2017.⁴⁴ Neben der Projektförderung werden Einrichtungen, die einschlägige Forschung eigenständig betreiben, institutionell gefördert. Dies sind vor allem die Leibniz-Institute Zentrum für Zeithistorische Forschung (Potsdam) und Institut für Zeitgeschichte (München/Berlin).“⁴⁵

Auch die größte und finanzstärkste Einrichtung zur Forschungs- und Wissenschaftsförderung, die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), betont, dass ihre Beratungs- und Entscheidungsprozesse weitgehend unabhängig von staatlich-administrativen Vorgaben und Einflussnahmen durchgeführt werden: So verstehe sich die DFG eigenen Aussagen zufolge „als Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft; die Themenwahl für Forschungsprojekte und Schwerpunktprogramme wird im bottom-up-Prozess von der Wissenschaft selbst eingebracht. In allen Begutachtungsstufen sind Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entscheidend beteiligt. Dies gilt auch für den Hauptausschuss der DFG, der aus den wissenschaftlichen Mitgliedern des Senats und Vertreterinnen und Vertretern des Bundes und der Länder besteht. Auch hier hat die Wissenschaft die Mehrheit.“ Konkret werde jede Entscheidung über die Förderung eines Forschungsvorhabens „in einem dreistufigen Prozess von der wissenschaftlichen Community selbst getroffen ... Zunächst werden üblicherweise zwei schriftliche Gutachten von ausgewiesenen Expertinnen und Experten zur Thematik eingeholt. Auf der Basis der Gutachten nehmen dann Fachkollegien, die alle vier Jahre von der wissenschaftlichen Community gewählt werden, eine Bewertung vor.

43 Thomas Widenka (BKM), Mail vom 9.02.2022.

44 Richtlinie zur Förderung von Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der DDR-Forschung im Rahmenprogramm Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften. Bundesanzeiger vom 31.05.2017. <https://www.bmbf.de/foerderung/bekanntmachung-1366.html> [Stand 21.02.2022].

45 Katharina Flechsig (BMBF), Mail vom 7.02.2022.

Die Entscheidung trifft am Ende der Hauptausschuss der DFG. Entscheidend ist hier die wissenschaftliche Qualität; jeder Antrag wird nach den gleichen wissenschaftlichen Kriterien begutachtet, bewertet und entschieden.⁴⁶

Ähnlich wie die DFG legte auch die Volkswagenstiftung (Hannover) als finanzkräftigste und als gemeinnützige Stiftung organisierte private Wissenschafts-Förderungseinrichtung großen Wert auf ihre per Satzung festgeschriebene wissenschaftliche Unabhängigkeit. Jeder Förderungsantrag wird von zwei Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftlern begutachtet und mit einem zustimmenden oder ablehnenden Votum bewertet und dem Kuratorium zur Entscheidung vorgelegt. Das Kuratorium ist die eigentliche Entscheidungsinstanz für die Bewilligung (oder Ablehnung) der eingereichten Förderungsanträge. Dieses besteht aus 14 Mitgliedern, die je zur Hälfte von der Bundesregierung vom niedersächsischen Landesministerium für eine Amtszeit von bis zu zweimal fünf Jahren berufen werden. Aus dem Kreis der Mitglieder des Kuratoriums beruft das Niedersächsische Landesministerium den Vorsitzenden und die Bundesregierung einen stellvertretenden Vorsitzenden; in der Regel sind dies die Wissenschaftsminister des Landes Niedersachsen und des Bundes. Neben zehn aus dem Bereich der Wissenschaft berufenen Mitglieder gehören dem Kuratorium ein Gewerkschaftsvertreter und ein Vertreter der Volkswagen AG an. Alle Mitglieder werden zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit von äußerer, insbesondere politischer Einflussnahme ad personam berufen. Das Kuratorium fasst seine Beschlüsse mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen. Bei seinen Entscheidungen ist es nur an die Satzung der Volkswagenstiftung (und nicht an Weisungen von außen) gebunden. Die Förderungsmittel werden in der Regel für einen Zeitraum von max. fünf Jahren als zweckgebundene Zuwendung an wissenschaftliche Einrichtungen vergeben.⁴⁷

3.3. Förderung

Die befragten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bestätigen, dass die bisher durchgeführten Forschungen zur DDR-Westarbeit sowohl durch wissenschaftsinterne Mittel (Eigenmittel der Wissenschaftsinstitutionen, wissenschaftliche Projektförderung) als auch durch öffentliche und private Zuwendungen finanziert wurden.⁴⁸ So wurde etwa die umfangreiche Studie von Heike Amos zur SED Deutschlandpolitik von 1961 bis 1989 (s. Kapitel 2.4) im Rahmen eines von der DFG geförderten Forschungsprojekts erstellt. Andere Forschungsarbeiten von Amos sind demgegenüber von öffentlichen Geldgebern finanziert worden.⁴⁹

46 Claudia Althaus (DFG). Mail vom 10.02.2022. In ihrer Mail weist Frau Althaus darauf hin, dass in der DFG-Datenbank GEPRIS recherchiert werden kann, welche Projekte zum Themenbereich „DDR-Westarbeit“ in den letzten zwanzig Jahren durch die DFG gefördert wurden; vgl. <https://gepris.dfg.de/gepris/OCTOPUS> [Stand 21.02.2022].

47 Henrike Hartmann (Volkswagenstiftung), Telefonat vom 1.03.2022; vgl. <https://www.volkswagenstiftung.de/> [Stand 21.02.2022]; Nicolaysen, Rainer (2002). Der lange Weg zur Volkswagenstiftung. Eine Gründungsgeschichte im Spannungsfeld von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Göttingen; Globig, Michael (2002). Impulse geben - Wissen stiften. 40 Jahre Volkswagenstiftung. Göttingen.

48 Vgl. Heike Amos (IfZ), Mail vom 31.01.2022; Jens Gieseke (ZZF), Mail vom 10.02.2022.

49 Vgl. Heike Amos (IfZ), Mail vom 31.01.2022.

Als herausragende Beispiele für Forschungsprojekte, die mit Bundesmitteln gefördert wurden, werden vor allem die Grundlagenprojekte der Stasi-Unterlagenbehörde (BStU) genannt, die in ihrer Forschungsabteilung unter anderem auch eine Reihe von grundlegenden Studien über die Aktivitäten der Staatssicherheit in der Bundesrepublik auf eigene Initiative hin erarbeitet hat.⁵⁰ Bei den BStU-Projekten handelt es sich genau genommen nicht um klassische (externe) Projektförderung, da die BStU ja selbst eine Bundesoberbehörde (unter Aufsicht der Kulturstaatsministerin bzw. des Kulturstaatsministers) war und die Erforschung der MfS-Geschichte zu ihren genuinen Behördenaufgaben zählte. Mithin erfolgte die Entscheidung über die Durchführung bestimmter Projekte im Rahmen der behördeninternen Entscheidungsprozesse.⁵¹ Die BStU war darüber hinaus bis zu ihrer Auflösung gesetzlich verpflichtet, Gutachten für den Deutschen Bundestag oder die Bundesregierung zu erstellen. Wie unter 2.5 ausgeführt, hat die BStU auf dieser Grundlage das vom Bundestag angeforderte Gutachten über die Beeinflussungsversuche des Deutschen Bundestages durch die Staatssicherheit erarbeitet.⁵²

Auf Regierungsebene fördern bzw. beauftragen den Ergebnissen der Umfrage zufolge insbesondere das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das Kulturstaatsministerium (BKM) sowie das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) Forschungsarbeiten zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Allerdings haben weder das BMBF noch das BKM bislang Forschungen zur DDR-Westarbeit selbst in Auftrag gegeben.⁵³ Eine Förderung bzw. finanzielle Unterstützung entsprechender Forschungsarbeiten durch das BKM erfolgte allenfalls in indirekter Form mit Fördergeldern, über deren Zuteilung die jeweiligen Ministerien nicht unmittelbar selbst entscheiden.⁵⁴ Immerhin hat der Deutsche Bundestag im Etat des BKM (Einzelplan 04) wiederholt Mittel für die „Rekonstruktion vorvernichteter Unterlagen“ des MfS bewilligt, die für die

50 Dagmar Hovestädt (Bundesarchiv, Abteilung KW des Stasi-Unterlagen-Archivs), Mail vom 28.02.2022; vgl. Heike Amos (IfZ), Mail vom 26.01.2022. Jens Gieseke (ZZF), Mail vom 10.02.2022; Thomas Widenka (BKM), Mail vom 9.02.2022. Über den Online-Katalog des Stasi-Unterlagen-Archivs ist eine detaillierte Recherche nach Publikationen der BStU zur DDR-Westarbeit möglich: <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/informationen-zur-stasi/bibliothek/bibliothekskatalog/> [Stand 21.02.2022].

51 Dagmar Hovestädt (Bundesarchiv, Abteilung KW des Stasi-Unterlagen-Archivs), Mail vom 28.02.2022.

52 Die betreffende Passage in § 37 (3) StUG lautet „Auf Anforderung des Deutschen Bundestages oder der Bundesregierung hat der Bundesbeauftragte Gutachten zu erstellen und Berichte zu erstatten.“ In der geänderten Fassung des StUG vom 27.06.2020 wurde der § 37 vollständig gestrichen; vgl. Dagmar Hovestädt (Bundesarchiv, Abteilung KW des Stasi-Unterlagen-Archivs), Mail vom 28.02.2022.

53 Vgl. Katharina Flechsig (BMBF), Mail vom 7.02.2022; Thomas Widenka (BKM), Mail vom 9.02.2022.

54 So teilte Heike Amos (IfZ) in ihrer Mail vom 10.02.2022 mit, dass einige ihrer Arbeiten, die sich mit den Aktivitäten der Staatssicherheit im Bereich der Vertriebenenverbände befassen, mit Mitteln nach § 96 des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz - BVFG): „Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge und Förderung der wissenschaftlichen Forschung“ gefördert wurden. Die betreffenden Mittel werden vom BKM verwaltet. Das BMBF wies in seiner Antwortmail darauf hin, dass Arbeiten zur DDR-Westarbeit an Einrichtungen durchgeführt wurden, die wie das ZZF vom Ministerium institutionell gefördert werden; vgl. Katharina Flechsig (BMBF), Mail vom 7.02.2022.

Wiederherstellung der Ende 1989 / Anfang 1990 von Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes zerrissenen Akten benötigt wurden.⁵⁵

Auch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMFB) hat bislang keine Arbeiten zur Erforschung der DDR-Westarbeit in Auftrag gegeben oder finanziell unterstützt.⁵⁶ Man wolle jedoch nicht ausschließen, dass die vom Ministerium geförderten 14 wissenschaftlichen Forschungsverbände zur DDR-Geschichte⁵⁷ noch entsprechende Studien vorlegen werden. Allerdings stehe derzeit das Thema DDR-Westarbeit bei keinem der Forschungsverbände im Mittelpunkt des Interesses.⁵⁸ In diesem Zusammenhang weist das BMFB jedoch darauf hin, dass u.a. an den an den beiden vom BMBF institutionell geförderten Leibniz-Instituten Zentrum für Zeithistorische Forschung (Potsdam) und Institut für Zeitgeschichte (München/Berlin) Forschungsvorhaben zur DDR-Westarbeit durchgeführt wurden.⁵⁹

Das Bundesinnenministerium (BMI) finanzierte von 2014 bis 2019 ein Forschungsprojekt zur Aufarbeitung der Geschichte des BMI, des Ministeriums des Innern der DDR (MdI) sowie der vor 1949 mit Innenpolitik befassten Ministerien, das vom BMI selbst in Auftrag gegeben worden war (Untersuchungszeitraum 1949-1970 mit historischen Rückbezügen). Das Projekt wurde von einem Forschungsteam des Instituts für Zeitgeschichte unter Leitung von Prof. Andreas Wirsching sowie des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam unter Leitung von Prof. Frank Bösch durchgeführt. Schwerpunkte der Untersuchung waren die Neugestaltung, die politische Arbeit und die Verwaltungskultur seit 1949, personelle, organisatorische und sachliche Kontinuitäten zu der Zeit vor 1945 sowie Brüche und Wandlungsprozesse nach Ende der NS-Zeit. Obwohl Fragen zur DDR-Westarbeit nicht im Zentrum der Untersuchung standen, wurden verschiedene Aspekte der DDR-Westaktivitäten aufgrund der vergleichenden Betrachtung der für Inneres zuständigen Ministerien in den beiden deutschen Staaten zumindest am Rande (mit) thematisiert. Dies

55 Das gemeinsam von der BStU und dem Fraunhofer-Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik in Berlin (IPK) durchgeführte und für die DDR-Forschung überaus bedeutsame Grundlagenprojekt ist trotz jahrelanger Bemühungen – nicht zuletzt aufgrund unzureichender Mittelausstattung – nicht über die Pilotphase hinausgekommen; vgl. <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/ueber-uns/der-bundesbeauftragte/interviews/16-000-saecke-voll-antworten/> [Stand 21.02.2022]; https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-virtuelle-rekonstruktion-der-stasi-akten-steht-vor-dem-aus-13062933.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 [Stand 21.02.2022]; <https://www.mz.de/deutschland-und-welt/politik/projekt-fur-stasi-behorde-schnipsel-jagd-mit-hindernissen-2148883> [Stand 21.02.2022]; <https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2021/stasi-unterlagen-saecke-fragen-verdacht/> [Stand 7.03.2022].

56 Katharina Flechsig (BMBF), Mail vom 7.02.2022.

57 Siehe Kapitel 3.2. Vgl. https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/downloads/files/forschungsverbuende-ddr.pdf?jsessionid=82A1AE1978A8F126EF5176EC8BF66E4F.live092?_blob=publicationFile&v=1 [Stand 21.02.2022]. Die 14 Forschungsverbände zur DDR-Forschung wurden in einem „wettbewerblichen Verfahren“ ausgewählt; vgl. Bundesministerin für Bildung und Forschung Anja Karliczek (2018). „Wissenslücken über die DDR schließen. Ministerin Karliczek: Wer seine Zukunft kennt, kann Zukunft gestalten.“ Pressemitteilung 048/2018 vom 12.06.2018. Berlin. <https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/pressemitteilungen/de/wissensluecken-ueber-die-ddr-schliessen.html> [Stand 21.02.2022].

58 Katharina Flechsig (BMBF), Mail vom 7.02.2022.

59 Katharina Flechsig (BMBF), Mail vom 7.02.2022.

ist insofern auch naheliegend, als das MdI ein wesentlicher Akteur im System der DDR-Westarbeit war.⁶⁰ Für die absehbare Zukunft ist nach Auskunft des BMI nicht geplant, Forschungsvorhaben zur Spionagetätigkeit / Westarbeit der DDR in Westdeutschland in Auftrag zu geben.⁶¹

Der Bundestag hat im Rahmen der beiden Enquete-Kommissionen „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ (1992-1994) sowie "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit" (1995–1998) eine Reihe von Gutachten und Studien in Auftrag gegeben, die auch für die Erforschung der Westarbeit des SED-Regimes eine wegweisende Forschungsgrundlage bildeten.⁶²

Die ebenfalls auf Bundesebene angesiedelte Bundesstiftung - Aufarbeitung⁶³ fördert zwar keine „klassischen“ wissenschaftlichen Forschungsprojekte (analog zur DFG-Förderung), leistet aber mit der Finanzierung von Tagungs- und Druckkosten sowie der Förderung von Dissertationsvorhaben oder Filmprojekten u.ä. ebenfalls einen Beitrag zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte. So war sie unter anderem an der Finanzierung der Kosten für die 2013 in Bochum durchgeführte Tagung „Das Ruhrgebiet im Fokus der Westarbeit der DDR“ (Leitung Prof. Dr. Stefan Berger) und des Publikationsvorhabens „Hamburg im Visier der DDR“ von Prof. Dr. Axel Schildt beteiligt.⁶⁴ Die Bundesstiftung finanziert sich zu einem Teil aus Kapitalvermögen und in der Hauptsache aus einer Zuweisung des Bundes. Aus diesen Mitteln werden eigene Projekte (Ausstellungen, Publikationen, Veranstaltungen etc.) sowie die skizzierten Vorhaben externer Partner, darunter auch Projekte zur SED-Westarbeit, finanziert.⁶⁵

Als weitere Institutionen und Organisationen, die Forschungsprojekte zur SED-Westarbeit in Auftrag gaben und finanzierten, wurden im Rahmen der Umfrage genannt:⁶⁶

- Niedersächsischer Landtag

60 BMI. Projekt „Aufarbeitung der Nachkriegsgeschichte des Bundesministeriums des Innern und des Ministerium des Innern der DDR hinsichtlich möglicher personeller und sachlicher Kontinuitäten zur NS-Zeit“. https://www.bmi.bund.de/DE/ministerium/unsere-geschichte/ns-aufarbeitungsprojekt/ns-aufarbeitungsprojekt-node.html;jsessionid=50094E7BDC974CC0D56F822A5C2F924F.2_cid373 [Stand 21.02.2022]. Die bereits publizierten Studien sind unter <https://www.wallstein-verlag.de/reihen/veroeffentlichungen-zur-geschichte-der-deutschen-innenministerien-nach-1945.html> [Stand 21.02.2022] aufgelistet; vgl. Mail von Eva Maria Haarmann (BMI) vom 16.02.2022.

61 Vgl. Eva Maria Haarmann (BMI) Mail vom 16.02.2022.

62 <https://enquete-online.de/> [Stand 21.02.2022]; vgl. Jens Gieseke (ZZF), Mail vom 10.02.2022.

63 <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/start> [Stand 21.02.2022].

64 Der von Stefan Berger, Burkhard Dietz und Helmut Müller-Enbergs herausgegebene Tagungsband ist in der Literaturliste in Kapitel 2.1 mit bibliographischen Angaben angeführt. Vgl. zur Förderungstätigkeit der Bundesstiftung – Aufarbeitung: Ulrich Mählert (Bundesstiftung – Aufarbeitung), Mail vom 4.02.2022 und 21.02.2022; Thomas Widenka (BKM), Mail vom 9.02.2022; <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/vermitteln/wissenschaft> [Stand 21.02.2022].

65 Vgl. Ulrich Mählert (Bundesstiftung – Aufarbeitung), Mail vom 4.02.2022.

66 Vgl. Heike Amos (IfZ), Mail vom 26.01.2022. Jens Gieseke (ZZF), Mail vom 10.02.2022.

-
- Bundespartei Bündnis 90 / Die Grünen
 - Historische Kommission der ARD
 - Amnesty International
 - Internationale Gesellschaft für Menschenrechte.

Den Stand der Forschung über die Westarbeit beurteilen die befragten Expertinnen und Experten durchweg positiv. Insbesondere die Westarbeit der Staatssicherheit gilt inzwischen als äußerst gut erforscht. Mit gewissen Einschränkungen gelte dies auch für die Aktivitäten der SED selbst und anderer Akteure des Regimes. Defizite in der Aufarbeitung werden vor allem bei der Aufarbeitung der DDR-Westaktivitäten, die auf die bundespolitisch relevanten Parteien (mit Ausnahme von Bündnis 90 / Die Grünen), die DKP und ihrer Nebenorganisationen sowie auf andere westliche Organisationen wie die Verbände für die Opfer politischer Verfolgung (z.B. Vereinigung der Opfer des Stalinismus) ausgerichtet waren.⁶⁷ Grundlegend anders fällt das Urteil von Katharina Flechsig vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (Referat 426 - Sozial- und Geisteswissenschaften) über den Forschungsstand zur DDR-Westarbeit aus. Ihrer Ansicht nach waren die dieses Thema betreffenden Forschungsanstrengungen überlieferungsbedingt „wenig systematisch“, obwohl bereits in den 1990er-Jahren „wichtige Forschungen“ hierzu vorgelegt worden seien. Ihrer Ansicht nach neigten „Forschungen und Medien ... häufig dazu, die Einflussnahmen der DDR auf die Bundesrepublik Deutschland zu überschätzen.“⁶⁸

* * *

67 Vgl. Jens Gieseke (ZZF), Mail vom 10.02.2022; Ulrich Mählert (Bundesstiftung – Aufarbeitung), Mail vom 4.02.2022.

68 Katharina Flechsig (BMBF), Mail vom 7.02.2022.

4. Verzeichnis der Anlagen

Anlage 01 Bibliographie zum Thema DDR-Westarbeit / DDR-Westpolitik.

Anlage 02 Amos, Heike (1999). Die Westpolitik der SED 1948/49 – 1961. "Arbeit nach Westdeutschland" durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit. Berlin. (Auszüge).

Anlage 03 Amos, Heike; Wilke, Manfred (2010). Die Deutschlandpolitik der SED und ihre "bürgerlichen Bündnispartner" in der Bundesrepublik 1949 bis 1989. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, 2010, S. 49 – 65.

Anlage 04 Amos, Heike (2015). Die SED-Deutschlandpolitik 1961 bis 1989. Ziele, Aktivitäten und Konflikte. Göttingen 2015. (Auszüge).

Anlage 05 Baron, Udo (1999). Die Deutschlandpolitik der Grünen und das Ministerium für Staatssicherheit. In: Jahrbuch Extremismus und Demokratie, 11, S.47-77.

Anlage 06 Knabe, Hubertus (1999). Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen. Berlin. (Auszüge).

Anlage 07 Lampe, Joachim (2005). Die Zusammenarbeit westdeutscher Journalisten mit dem MfS als strafbare Spionage. In: Bäumer-Schleinkofer, Änne (Hrsg.). Die Westlinke und die DDR. Journalismus, Rechtsprechung und der Einfluss der Stasi in der DDR und der BRD. Symposium an der Universität Mainz 26.-27. Mai 2005. Frankfurt am Main u.a., S. 97-108.

Anlage 08 Schmidt, Karl-Heinz (1995). Die Deutschlandpolitik der SED. In: Der Deutsche Bundestag (Hrsg.). Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Band V/3 Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen. Baden-Baden, S. 2114-2194. (Auszüge).

-
- Anlage 09 Schröder, Jürgen (1995). Die Westarbeit der SED am Beispiel der KPD. In: Der Deutsche Bundestag (Hrsg.). Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Band V/3 Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen. Baden-Baden, S. 2195-2330.
- Anlage 10 Stadt, Jochen (1995). Versuche der Einflussnahme der SED auf die politischen Parteien der Bundesrepublik nach dem Mauerbau. In: Der Deutsche Bundestag (Hrsg.). Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Band V/3 Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen. Baden-Baden, S. 2406-2449.
- Anlage 11 Westarbeit/Spionage (2012). In: Engelmann, Roger u.a. (Hrsg.). Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. (im Auftrag der Abteilung Bildung und Forschung der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der Ehemaligen DDR). Berlin, S. 372-375.
- Anlage 12 Gieseke, Jens (2011). Kommentierte Bibliographie. In: Die Stasi: 1945-1990. München. (Auszüge).
- Anlage 13 Das Bundesarchiv (2020). Bibliografie zur Staatssicherheit der DDR. Berlin (Auszüge).
- Anlage 14 Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen der Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (2013). Der Deutsche Bundestag 1949 bis 1989 in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Gutachten an den Deutschen Bundestag gemäß § 37 (3) des Stasi-Unterlagen-Gesetzes.
- Anlage 15 Titel aus den Publikationsreihen der Stasi-Unterlagen-Behörde (BStU) bzw. des Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv zum Thema Westaktivitäten des MfS.